

Kamener Zeitung

Vollständiger für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Aufall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für den 10. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung
gehindert sind, hat der Besteller keinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rüch-
stung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: G. Schubert, Kamen.

Nr. 246 (1. Blatt).

Mittwoch, den 20. Oktober 1926.

54. Jahrgang.

Die Bedeutung des Wirtschaftsmanifestes.

Die internationalen Wirtschaftsbewegungen.

Wie bekannt wird, entstand der Gedanke, in einer Art Manifest zu gelegener Zeit an die Öffentlichkeit heranzutreten, um die Wirtschaftslage klar zu legen, vor etwa sechs Monaten gelegentlich der Unwesenheit Dr. Schachts in London. Die Teilnehmer an der zu diesem Zwecke abgehaltenen Besprechung hatten sich bereit erklärt, die erforderlichen Unterstü-
tzen zu sammeln, was auch in Deutschland ge-
schehen ist. Es ist eine private Angelegen-
heit, die aber dadurch nicht an Wert verliert.
Von den Unterzeichnern hat niemand seine
Unterstützung zurückgezogen. Daneben läuft eine
Mission der Internationalen Handelskammer
in deren nationalen Unternehmungen
wurden ebenfalls angewiesen, sich mit den in
dem Manifest aufgeworfenen Fragen zu beschäf-
tigen.

Der Kreis der deutschen Unterzeichner des
Wirtschaftsmanifestes ist wohl aus rein organi-
satorischen Gründen zunächst nur verhältnis-
mäßig klein. Es dürfte aber kein Zweifel
darüber bestehen, daß dieser Appell in den
deutschen Wirtschaftskreisen einen starken
Widerhall und zahlreiche weitere Ver-
treter unter den führenden deutschen Wirt-
schaftlern finden wird. Eine besondere Be-
deutung erhält der Appell für Deutschland
dadurch, daß von einer so großen Zahl
führender Wirtschaftler aus nicht weniger als
16 Ländern

die wirtschaftlichen Begriffe des Ver-
sailer Vertrages erkannt
und ihre Befolgung als Vorbedingung für ein
Wiederanknüpfen der europäischen Produktion
und des europäischen Handels erkannt wird.

Die Berliner Presse zum Wirtschafts-
manifest.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu dem
internationalen Wirtschaftsmanifest, daß es
„offene Türen einreißt“. Selbst wenn die
Schranken von Versailles beseitigt würden, so
bliebe noch immer das für den Weltmarkt so
wichtige Problem des russischen Marktes
ungelöst. Die Berliner „Börse“ bemerkt:
„Das Dokument der Wirtschaftsführer
sagt es nicht, aber alle, die es lesen, wissen
es, daß der Vertrag von Versailles
und die aus ihm geborene Mentalität die
entscheidende Ursache für den desolaten
Zustand ist, in den die Wirtschaft Europas
nach dem Kriege versunken ist. In dem Au-
ruf der Wirtschaftsführer am Tage des Zu-
sammentritts der Internationalen Handels-
kammer, in dem Augenblick, da die Welt-
wirtschaftskonferenz feste Gestalt an-
zunehmen beginnt,
wird dieses Unausgesprochenes des Dok-
uments zu einem weitbedeutenden Er-
eignis.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeit-
ung“ hebt die Tatsache hervor, daß die
wirtschaftlichen Forderungen gegenüber der
politischen Verpflichtung Europas, bisher noch
niemals so stark und durchschlagend zum Aus-
druck gebracht worden seien. Gesehen habe
dies nur können, weil vorher gewisse
politische Entspannungen eingetreten
waren. Die „Tägliche Rundschau“ sieht
in der Kundgebung den ersten Schritt, der
aus der Wüste des seit dem Vertrag von
Versailles herrschenden wirtschaftlichen Un-
fins zur wirtschaftlichen Besserung zu-
führt. Ähnlich die „Germania“: sie er-
klärt, unsere Wirtschaft und die von ganz
Europa kann nur dann auf die alte Höhe
kommen und weiter fortgeschritten, wenn die
unheimlichen nationalen Mißverständnisse
einem gesunden internationalen Austausch-
willen weichen. Der „Vorwärts“ sagt: Für
die internationale Wirtschaftsverständigung, die
von der Sozialdemokratie seit jeher gefordert
wurde, ist ein großes Stück Bahn frei-
gemacht worden.

„Amerika geht es weniger an!“

Die Auffassung Coolidges.
Ueber die Stellungnahme des Präsidenten
Coolidge zu dem europäischen Wirtschaftsman-
ifest berichtet „Associated Press“ aus Washing-
ton: „Coolidge ist der Ansicht, daß zwischen
den Methoden und Zielen der Politik der
europäischen Staaten und dem Politik der
Vereinigten Staaten ein beträchtlicher Unter-
schied besteht. Der Präsident schloß, daß
durch Verringerung der Zollsysteme viel zur Be-
hebung des europäischen Handels geholfen
konne, ohne daß die Stellung Amerikas und
seine Lebenshaltung beeinträchtigt würde. Cool-
idge ist der Meinung, daß das Manifest im

Zusammentritt der Internationalen Handelskammer.

(Auf Grund letzter drahtlicher Informationen unserer Berliner Vertretung.)

Heute wird in Paris der Verwaltungsrat
der Internationalen Handelskammer zusamen-
treten, um zu dem Problem der Weltwirtschafts-
konferenz Stellung zu nehmen. Das Manifest
der internationalen Wirtschaftsführer kam also
rechtzeitig genug, um in dem Diskussionsbereich
der Pariser Tagung der Internationalen Han-
delskammer einbezogen zu werden, und es hängt
für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen
Erörterungen sehr viel davon ab, inwieweit sich
die Internationale Handelskammer mit den Ge-
dankengängen des Manifestes einverstanden er-
klärt. Man gewinnt jetzt den Eindruck, daß die
eigentlichen Urheber des Manifestes der Wirt-
schaftsführer in London und New-York zu suchen
sind, während man in Berlin, Paris und Rom
keinen allzu starken Wert darauf legt, mit dieser
Rundgebung die Diskussion über die Notwendig-
keiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzu-
schließen. Vielmehr werden sowohl von deut-
scher, als auch von französischer und italienischer
Seite Erklärungen angekündigt, die eine Entge-
gung auf das Manifest der Wirtschaftsführer
darstellen sollen.

Im übrigen wird in unterrichteten Kreisen
darauf hingewiesen, daß die bevorstehende Stel-
lungnahme des Verwaltungsrates der Inter-
nationalen Handelskammer die private Rund-
gebung der Wirtschaftsführer an Bedeutung weit
übertreffen werde. Die Internationale Han-
delskammer werde nämlich die akuten Wirt-
schaftsprobleme ausschließlich unter dem Gesicht-
punkt der kommenden Weltwirtschaftskonferenz
betrachten, während das Manifest der Wirt-
schaftsführer gerade diese Seite des Programms
nicht genügend beachtet habe. Trotz alledem
besteht natürlich ein ursächlicher Zusammenhang
zwischen dem Manifest und der Tagung der In-

ternationalen Handelskammer, und es wird da-
her besonders stark betont, daß die interna-
tionalen Wirtschaftsführer durch ihre Initiative
eine erfreuliche und Hoffnung versprechende
Aktion eingeleitet haben, der sich die Regierun-
gen der beteiligten Länder ohne Nebenben an-
schließen können. Der deutsche Reichsbankprä-
sident Dr. Schacht hat sich mit großer Wärme für
das Wirtschaftsmanifest eingesetzt, das er als den
Ausfluß des gesunden Menschenverstandes be-
zeichnete. Man weiß, welche starken Kräfte hin-
ter dem Manifest stehen, und darum wird auch
die Internationale Handelskammer nichts an-
deres tun können, als in der geplanten Denks-
schrift ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem
Manifest zum Ausdruck zu bringen. Die Ver-
öffentlichung der Denkschrift der Internatio-
nalen Handelskammer ist allerdings erst für den
15. November in Aussicht genommen, so daß bis
dahin noch eine wesentliche Erweiterung der
ganzen Diskussionsbasis eingetreten sein dürfte.

Beginn der deutsch-franzö- sischen Saar-Besprechungen.

Die angekündigten deutsch-französischen Saar-
besprechungen, zu denen im Laufe des heutigen
Tages zwei Vertreter der französischen Regie-
rung in Berlin eintreffen, werden dort bereits
Ende dieser Woche aufgenommen werden. Wie
wir von unterrichteter Seite erfahren, wird
Außenminister Dr. Stresemann die französischen
Regierungsvertreter zu einer besonderen Aus-
sprache empfangen, während die eigentlichen
Verhandlungen durch die zuständigen Ressort-
stellen geführt werden sollen.

wesentlichen die europäischen Staa-
ten angehe, insofern in ihnen die Lebens-
bedingungen keine wesentlichen Verschieden-
heiten aufweisen und daher die Zollmauern
nicht in derselben Weise wirken, wie in den
Vereinigten Staaten.

Garantie der deutschen Ostgrenzen?

Der Pariser Korrespondent des Warschauer
Kurjer Czerwony berichtet seinem Blatte, daß
der deutsche Außenminister Stresemann der
französischen Regierung einen Vorschlag unter-
breitet habe, wonach Deutschland sich einver-
standen erklären würde, einen neuen politischen
deutsch-französisch-polnisch-litauisch-ukrainischen
Vertrag nach dem Muster des Abkommens von
Locarno zu unterzeichnen, in welchem die
deutsche Regierung die gegenwärtigen Grenzen
zwischen Deutschland, Polen und der Tschecho-
slowakei garantieren würde, wenn Frankreich
seine Besatzungstruppen aus dem Rheinland und
dem Saargebiet zurückziehe. Dieser Vorschlag
Stresemanns würde in den nächsten Tagen von
der französischen Regierung amtlich veröffentlicht
werden.

Von deutscher Seite wird diese Mel-
dung einseitig als völlig aus der Luft
gegriffen bezeichnet.

Zur Durchführung des Programms von Choisy.

Gegenüber in den letzten Tagen insbe-
sondere in der ausländischen Presse auf-
tauchenden Gerüchten, daß die deutsche Re-
gierung die Absicht habe, zur Durchführung
des Programms von Choisy die Einberu-
fung einer Internationalen
Finanzkonferenz vorzuschlagen, wird von
zuständiger Seite festgestellt, daß diese Ge-
rüchte jeder Begründung entbehren.
Dazu bemerkt noch die „Tägliche Rund-
schau“, daß diese Gerüchte auf einer völligen
Verkenntnis der Sachlage beruhen. Wie be-
kannt, hat das Reichskabinett beschlossen, die
durch das Programm von Choisy aufgeworfene
Frage zunächst einmal einer eingehenden Sach-

männlichen Prüfung zu unterziehen. Da-
mit ist ein Kabinettsausschuß betraut worden,
der sich aus dem Reichsminister des Innern,
dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirt-
schaftsminister zusammensetzt und zu dessen Be-
ratungen dem Vizekanzler zufolge auch der
Reichsbankpräsident Dr. Schacht hinzugezogen
werden soll. Auch auf französischer Seite wird
das Verständigungsprogramm vorerst nach seiner
technischen Seite hin geprüft, und auch
dort sind Sachverständige mit dieser Vorarbeit
betraut. In diesem Stadium der Entwicklung
würde es an jeder Voraussetzung für die
Einberufung einer internationalen Finanzkon-
ferenz fehlen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Neue Vorschläge v. Doehls.

Der „Temps“ beschäftigt sich mit Mel-
dungen, nach denen der deutsche Vizekanzler v. Doehls
mit der Mission betraut worden sei, der fran-
zösischen Regierung neue bestimmte Kom-
pensationsvorschläge für eine frühere
Räumung des linken Rheinufer zu
unterbreiten und meint, daß diese mit anderen
über diesen Gegenstand vorliegenden Nachrichten
in Widerspruch ständen. Das Blatt stellt
fest, daß man sich keinem zu großen Op-
timismus über die deutsch-französische An-
näherung hingeben dürfe. Für derartige Ver-
handlungen seien noch nicht einmal die Grund-
lagen vorhanden. Seit der Begegnung von
Choisy sei noch gar nichts geschehen. Man sei
um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Im Gegensatz zu dieser recht pessimistischen
Auffassung kündigt der „Intransigent“
wichtige Ereignisse als unmittelbar bevorstehend
an. Danach soll das deutsch-französische Geschäft
auf eine vollständig neue Grundlage gestellt wer-
den.

Die teilweise Mobilisierung der deutschen
Schuldschätze komme erst in zweiter Linie, und
man habe jetzt eine allgemeine Kom-
merzialisierung der deutschen Ge-
samtschuld, die ein für allemal fortgesetzt
werden soll, ins Auge gefaßt, und diese werde
dann etappenweise verwirklicht werden. Choisy
sei nur ein Wegweiser zu der großen inter-
nationalen Schulden- und Reparationskonfe-
renz.

Die Angelegenheiten werden eine Reduktion der
französischen Schuld aufweisen, und ebenso wer-
den die Verbündeten Deutschland einen beden-
kenden Nachschuß auf seine Schuld gewähren.
Aber das alles werde nicht mehr ein Gegen-
stand der direkten Verhandlungen zwischen Ber-
lin und Paris sein, sondern

der große Wetzstein,

unter Führung der Pariser Unions-Bank, Dres-
dener Bank, Schröder u. Co. in London und
New-York und vielleicht Morgan, werde dann das
ganze Geschäft in die Hand nehmen. Er werde
eine Reihe von Anleihen auf den Weltmarkt
bringen, um die deutsche Gesamtschuld zu mobi-
lisieren und von Deutschland dafür nur noch die
Zinsen in Empfang zu nehmen.

Die Maßnahmen gegen die Winterarbeitslosigkeit.

Vorlesungen des Ministers Brauns im
Reichstagsausschuß für soziale Angelegen-
heiten.

Der Reichstagsausschuß für soziale An-
gelegenheiten beriet über Erwerbslosen-
fürsorge. Die Verhandlungen leiteten mit
einem Bericht über den gegenwärtigen Stand
der Arbeitslosenfrage und die fürsorgemaß-
nahmen der Regierung Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns ein. Die Zahl der unter-
stützten Erwerbslosen ist gegen das Frühjahr
um rund 600 000 zurückgegangen, und diese
Entwicklung hält an. Dieser Rückgang
ist durch die wirtschaftliche Entwicklung ver-
ursacht, aber auch durch die Maßnahmen auf
dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung. Das Ar-
beitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung
ist in seinem überwiegenden Teil in der
Durchführung begriffen. Nur die Durch-
führung des Mittellandkanals begegnet
allerdings noch gewissen Hemmnissen, die bei
den preussischen Provinzen liegen. In der
produktiven Erwerbslosenfürsorge sind be-
sondere Notstandsprogramme mit
den Ländern vereinbart worden, die sich aus-
wirken sollen, wenn die Winterarbeits-
losigkeit beginnt. Die Reichsregierung wird
ihre Maßnahmen in einer Denkschrift für den
Reichstag zusammenfassen. Sie glaubt, daß
die wichtigsten Ziele erreicht sind, die sie sich
bis zum Herbst gesetzt hat. Die Maßnahmen
kommen dann überwiegend den langfristigen
Arbeitslosen zugute. Die einfache Verlängerung
der Unterstüßung wäre viel billiger; sie würde
aber alle Vorteile beseitigen, die eine Arbeits-
fürsorge gegenüber der Unterstüßung liegt.
Die Reichsregierung hat sich bisher zu dieser
Verlängerung nicht entschließen können, dagegen
erweist sie den Gemeinden mit Wirkung vom
1. Oktober 50% ihrer Aufwendungen für die
ausgesteuerten Erwerbslosen unter der Be-
dingung, daß die Ausgesteuerten wie die Er-
werbslosen versorgt werden.

Eine Erhebung über die Ausgesteuerten
mit dem 1. Oktober als Stichtag ist angedacht.
Ihre Ergebnisse werden Ende Oktober vor-
liegen. In den letzten Monaten ist auch die
Erhebung in der allgemeinen Er-
werbslosenfürsorge durchgeführt wor-
den.

Der Entwurf der Arbeitslosenversicherung
hat jetzt den Reichswirtschaftsrat passiert. Von
Freitag ab verhandeln die Ausschüsse des
Reichstages über ihn. Danach wird er dem
Reichstage schon in einer sehr nahen Zukunft
zugehen können. Daneben beschäftigt sich die
Reichsregierung vor allem mit dem Problem
der älteren Angestellten und Arbeiter, dem
Ausbau der Arbeitsvermittlung, der Vermitt-
lung jugendlicher Arbeitsloser auf das Land,
der Ausbildung und Fortbildung arbeitsloser
Zugendlicher, dem Ertrag der ausländischen Ar-
beitskräfte durch deutsche.

Berichterstatter Abg. Breh (Soz.) erklärte
demgegenüber, er habe Berichte, die die Ver-
hältnisse wesentlich ungünstiger er-
scheinen ließen.

Die brennende Saarlache.

4000 Bergarbeiter werden arbeitslos.

Saarbrücken, 20. Okt. (Der große Brand auf
Grube „Belsen“.) Die bereits berichtet, steht
die Grube „Belsen“ bei Saarbrücken in Brand.
Wegen der großen Hitze ist es der Feuerwehr
nicht möglich, an den Brandherd heranzukom-
men. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als
die ganze Grube unter Wasser zu
setzen, um so den Brand zu löschen. Durch
diese Maßnahme würden etwa 4000 Berg-
leute hinfällig werden, falls die Verwal-
tung sie nicht auf anderen Gruben beschäftigen
sollte.

Kamen aus Stadt u. Land

Kamen, den 20. Oktober 1926.

Verwendung von Hauszinssteuermitteln.

Neue Richtlinien über die Verwendung von Hauszinssteuermitteln für die Instandsetzung von Altmwohnungen.

Aus einem Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt an die Regierungspräsidenten teilt der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende mit: „Ob die Gemeinden (Gemeindeverbände) die aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds für die Instandsetzung von Altmwohnungen in Anspruch genommenen Mittel als Vorschüsse, Darlehen oder zur Bildung von Bürgschaftsfonds gemäß den Richtlinien vom 12. Juli 1926 hergeben und in welcher Weise sie sich Sicherung für die als Darlehen hergegebenen Mittel verschaffen, ist ihrem Ermessen überlassen. Auf jeden Fall sind die Gemeinden (Gemeindeverbände) aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds als kommunalbarbare überlassenen Mittel, wie in dem genannten Erlaß vorgeschrieben, innerhalb von drei Jahren in voller Höhe an die Staatskasse zurückzuführen.“

Die Gerichts- und Anwaltsgebühren.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschloß in der Frage der Strafprozessreform, sich mit der Frage der Untersuchungshaft zu beschäftigen. Daraus begann der Ausschuß seine allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf der Revision der Gerichtsgebühren und der Gebühren der Rechtsanwälte. Die Beratung der Gebühren wurde vom Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Joel, begründet, indem er darauf hinwies, daß die Gebühren möglichst wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu senken seien. Vertreter der preussischen, bayrischen und württembergischen Justizverwaltung machten aber darauf aufmerksam, daß der Reichsrat den Entwurf bezüglich der Gerichtsgebühren abgelehnt habe und daß die Länderverwaltungen den finanziellen Ausfall nicht tragen könnten.

(Beleuchtet die Treppen!) In dem Zeitalter der Elektrizität und der Gasversorgung mag dieser Mahnruf wohl überflüssig erscheinen. Und doch finden sich immer noch genug Häuser, deren Tür und Treppen des Abends in geheimnisvolles Dunkel gehüllt sind, oder in denen ein jämmerliches Petroleumflämmchen die Verschaffenheit des Hausinneren nur ahnen läßt. Wer die Räumlichkeiten nicht genau kennt, muß sich mit Händen und Füßen zur Treppe, dann diese empor nach der Vorkammer tasten, was oft ein recht halbschmerzhaftes Wagnis bedeutet. Wie oft sind schon Verletzungen, Gliederverstauchungen und Brüche mit sogar tödlichem Ausgang die Folge ungenügend beleuchteter Treppen gewesen! Der Hausbesitzer muß dafür aufkommen. Seine falsche Sparamkeit, die vielleicht der Grund der Finsternis gewesen ist, rächt sich alsdann bitter und zwingt ihn zu ungleich größeren Ausgaben. Ein Hauswirt, in dessen schlecht beleuchtetem Treppenhause ein Fremder so unglücklich stürzte, daß er fast arbeitsunfähig wurde, mußte diesem eine lebenslängliche Unterstützung gewähren. Von diesen Möglichkeiten abgesehen, macht eine düstere Hausflur einen unfreundlichen, ungemütlichen Eindruck. Wer weiß, ob nicht mancher, der bei den Bewohnern vielleicht gerade hochwillkommen wäre, durch die ihn beim Eintreten entgegenstehende Dunkelheit abgeschreckt wird und dem ungemütlichen Hause den Rücken wendet.

Die Zahl der Erwerbslosen im Bereiche des Kreisarbeitsnachweises in Kamen am 10. Okt. sind: 1905 Hauptunterstützungsempfänger (2093), nämlich in der Stadt Kamen 141 (62), Stadt Lina 553 (599), Stadt Werne 50 (64), im Amt Lina-Kamen 446 (448), Amt Lina 501 (486), Amt Brönden 205 (270). Außerdem werden 444 (437) Notstandsarbeiter beschäftigt, darunter in der Stadt Kamen 85 (59), Stadt Lina 118 (119), Stadt Werne 81 (104), im Amt Lina-Kamen 64 (58), Amt Lina 64 (61), Amt Brönden 32 (36). Zuschlagsberechtigt waren 1155 (1223) Frauen und 2015 (2143) Kinder. Die eingetragenen Zahlen sind die vom 9. Oktober.

(Nun doch Schweinefleisch!) Wie aus der heutigen Bekanntmachung der Polizeiverwaltung ersichtlich ist, findet nun am Donnerstag, 21. Oktober — Kirmestag — doch der Schweinefleischmarkt statt.

Samm, 19. Okt. (Sturz aus der fahrenden Straßenbahn.) Ein Unglücksfall hat sich auf der städtischen Straßenbahn zugetragen. Ein Reiter des „Phoenix“ benutzte die Straßenbahn zur Heimfahrt. Er stand auf der vorderen Plattform. Beim Wenden des Wagens, der Verunglückte hatte eine schwere Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch davongetragen.

Dortmunder Randschäa

(Aus dem Dortmunder Stadtparlament.) In der Montag-Sitzung beschloß sich die Stadtverordneten in der Hauptsache mit der Ermäßigung der Grundvermögenssteuer. Der Magistrat hatte beantragt, von der endgültig für 1925 veranlagten Grundvermögenssteuer bei der Ertragssteuer 1/10 und bei der Lohnsummensteuer 1/10 zu lassen. Zum Ausgleich für die Erhöhung in den Monaten Januar bis März 1926 soll die Grundvermögenssteuer für die Monate November und Dezember 1926 sowie Januar 1927 um je 100 Proz. ermäßigt werden. Die Kommunisten verlangten jedoch, daß die Lohnsummen-, sowie Ertragssteuer bis zu

einem Einkommen von 3000 Mark auf 1/2 ermäßigt und die Grundvermögenssteuer den Mietern bis zu einem Einkommen von 3000 Mark vollkommen erlassen wird. Während die kommunistischen Anträge abgelehnt wurden, gelangte der Antrag des Magistrats ohne Debatte zur Annahme, da die bürgerlichen Fraktionen bereits vor einigen Tagen mit den zur Begutachtung von Steuerfragen maßgebenden Organisationen eine Aussprache mit diesem Ergebnis geführt hatten. — In einem Dringlichkeitsantrag erhob die kommunistische Fraktion Einspruch gegen die Unterbringung ermitelter Familien in menschenunwürdigen Höhlen, und schabhaften Eisenbahnwaggons und verlangte die sofortige Ausquartierung der zu meist kinderreichen Familien und Einweisung in anständige Wohnungen. — Oberbürgermeister Dr. Eichhoff legte entschieden Vornahme des gegen ein, daß dieser Antrag erst während der Sitzung eingebracht werden und erklärte, daß Dortmund mit dem Wohnungsbau in diesem Jahre mit an der Spitze marschiere. Die Dringlichkeit des kommunistischen Antrages wurde daraufhin abgelehnt.

(Deutsche Landwirtschaftsausstellung.) Die Stadt Dortmund hat für die im März 1927 in Dortmund stattfindende Deutsche Landwirtschaftsausstellung Prämien in Höhe von 30 000 Mark aussetzen beschlossen. Das Elektrizitätswerk errichtet auf dem Ausstellungsgelände einen Elektrohof (Elektrisch betriebener Mutterhof) nach dem Muster des von dem R.W.G. auf der Geleise im Film gezeigten Mutterhofes. Wahrscheinlich wird die Stadt diese Anlage nach Schluß der Ausstellung übernehmen.

(Verlagsanstalt des westfälischen Handwerks, G. m. b. H.) In das Handelsregister

des Dortmunder Amtsgerichts ist die Firma „Verlagsanstalt des westfälischen Handwerks, G. m. b. H.“ eingetragen worden. Gegenstand des Registers ist die Herstellung und der Vertrieb von Verlagswerken, Büchern und Formularen, die das Handwerk betreffen. — Wenn das Handwerk anderen Gewerben die Verdienstmöglichkeit entzieht, wird es sich über ein gleiches Handeln der Großbetriebe nicht mehr beklagen dürfen.

(Ein Diffident als Schlichter über evangelische Schulen?) Der Kreisverein der Deutschen Volkspartei des Landkreises Dortmund hat in einer an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Entschließung auf die schärfste gegen dessen Abicht protestiert, die freigeordnete Schlichterstelle im Schlichtungsausschuß Dortmund-Land I mit einem Diffidenten aus Dürpen zu besetzen, und vor den unaussprechlichen Folgen gewarnt.

Hier wurde ein Motor- und Segelflugverein Dortmund im Deutschen Modell- und Segelflugverband gebildet, der in drei Abteilungen gegliedert ist, die Modell-, Segelflug- und Motorgruppe. In der Modellgruppe, die sich hauptsächlich mit dem Bau von Modellen befaßt, erfolgt die Ausbildung durch ehrenamtlich tätige Fachleute. Die in der Modellabteilung erworbenen Kenntnisse werden praktisch in der Segelflugabteilung verwertet. In wöchentlich einmal stattfindenden Unterrichtsabenden werden die Schüler in die Aerodynamik eingeführt. Beim nächsten fliegenden Ausflug auf der Rhön wird der Verein erstmals mit seinem Segler teilnehmen. Einige Mitglieder der Modellabteilung beabsichtigen den deutschen Segelflugsport des Herrn Möbius anzuschließen.

Im Bismarckdenkmal hatte die in Dortmund tagende Bismarckdenkmal-Eigenkommission mit einer schwarz-weiß-roten Schleife niedergelegt. Jetzt mußte man die Wahrnehmung machen, daß die Schleife entfernt worden war. Wer die Schleife entfernt hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

Westfalen u. Rheinland

Aus dem Industriegebiet

Westfälischer Haus- und Grundbesitzer-Tag.

Ordentlicher Verbandstag des Provinzialverbandes Westfälischer Haus- und Grundbesitzer - Vereine.

Sagen, 19. Okt. Der ordentliche Verbandstag des Provinzialverbandes Westf. Haus- und Grundbesitzer - Vereine wurde im Hotel Lünen-Schlösschen mit einer mehrstündigen Vorstandssitzung eingeleitet. — Auf dem eigentlichen Verbandstage jedoch erläuterte Krüger-Münster den Geschäftsbereich, der ein Niederlag der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse war. Der Verband zählt 111 Vereine mit 25 000 Mitgliedern. Der neue Haushaltsplan rechnet mit 15 000 Mitgliedern. Erreicht war der Beitritt der rührigen Siegerländer Kreisverbände zur Organisation. Weiter wurde mitgeteilt, daß in Zukunft Einzelanfragen der Mitglieder nicht mehr beantwortet werden, das kann nur durch Vereine geschehen, die recht rasch die Auskünfte des Vorstandes in Form bringen müssen. Im übrigen erlebte der Vorstand bedeutende Fragen, die die Grundbesitzer, Anwesenheitsquote, Realoffertation u. a. m. betrafen. — Abg. Lünen-Schlösschen hielt ein Referat, das mit Beifall aufgenommen wurde, über die Tätigkeit des Wohnungsausschusses im Landtage, u. a. Umgestaltung des Hauszinssteuergesetzes (Erhöhung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer von 20 Prozent auf 50 Prozent für den Wohnungsbau, Eintreten der gemeindlichen Fürsorgestellen für die unverschuldet in Notlage gekommenen Mieter). Sodann besprach der Redner die beiden Gesetzentwürfe betr. Bodenreform und Städtebau. — Nach einer längeren Aussprache, in der der Verbandsvorstand auf Grund seiner parlamentarischen Tätigkeit verschiedene Anfragen erscheidend beantwortet, besonders über das Bodenreform- und Städtebaugesetz, wurde die Tagesrechnung für 1926 abgenommen. Die Rechnung schloß in Einnahme mit 39 832,92 Mk., in Ausgabe mit 39 615,65 Mk. ab. — Der Haushaltsplan für 1927 wurde nach eingehender Prüfung in Einnahme und Ausgabe auf 34 750 Mark festgelegt. 40 Pfa. sind pro Mitglied an den Preussischen Landesverband abzuführen. Eine längere Debatte entstand über die Zeitschrift des Provinzialverbandes, die zurzeit in 3000 Exemplaren zur Verteilung gelangt. Der abzuführende Jahresbeitrag wurde einstimmig auf 1,50 Mk. festgelegt. Dem Vorstand stellte man 3250 Mk. für besondere Zwecke (Propaganda u. a. m.) zur Verfügung. Bei den Vorschlägen wurden die ausgeschiedenen Mitglieder: Marowski-Minden und Klaren-Siegen durch Jursch einstimmig wiedergewählt. Die Anträge der Vereine: Paderborn, Vorchale, Sagen, Siegen und Söbde wurden vom Verbandsvorstand verworfen und eingehend besprochen. Sie konnten teilweise als wertvolles Material an die zuständigen Ministerien, Parlamente und Kommunen weitergeleitet werden.

Witten, 19. Okt. Aus Anlaß des 100 jährigen Bestehens der Stadt Witten hat die Bürgerchaft im Boshofen Saale eine Feier veranstaltet, an der die Behörden und alle Schichten der Bevölkerung regen Anteil nahmen. Professor Runkel entrollte in seiner Festrede ein farbenprächtiges Bild über den Werdegang Witten u. des Hauses Witten. Der Festleiter Dr. Müllerschen wies darauf hin, daß heute noch Nachkommen eines Zweiges derer von Witten in Witten in bürgerlichen Verhältnissen ihr Dasein fristen.

Gastrop-Münster, 19. Okt. Die holländische Erbschaft, die hier ruht, soll doch vorhanden sein, und, wie von interessierter Seite mitgeteilt wird,

Düsseldorf, 19. Okt. (Der Schluß der Geleise.) Gelegentlich eines letzten Rundganges mit Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse durch die „Geleise“ hielt Oberbürgermeister Dr. Vehr einen Vortrag, in dem er u. a. ausführte: Die Ausstellung hat einen Strom von Lebensfreude, Willenstraft und Glauben an Deutschlands Zukunft ausgelöst und ihre Besucher mit Zuversicht und Schaffenslust befeuert. Sie hat auch die Hochachtung vor dem deutschen Geist und deutscher Leistung im Auslande vermehrt. Die Ausländer, die zahlreich aus allen Ländern hier eingeleitet sind, haben rückhaltlos ihre Bewunderung über die Ausstellung ausgesprochen. Düsseldorf wird auch der von Regierungstellen, von der Industrie und der Presse gegebenen Anregung dauernder Erhaltung ausgewählter Gebäude der Ausstellungsschätze folgen und im Einvernehmen mit der Industrie ein Museum für Gesellschafts- und Wirtschaftsstunde schaffen. Daß die Ausstellung Deutschland und dem deutschen Menschen dienen wollte, verheißt sich von selbst, gleichzeitig aber lehrte Düsseldorf mit dieser Veranstaltung zu seiner Eigenart als Ausstellungsschloß zurück, um so dazu beizutragen, daß der Wettkampf der hart neben einander liegenden westlichen Großstädte vermieden werde, dadurch, daß jede den Gesetzen ihrer Eigenart folgt. Für die „Geleise“ wurden rund 50 000 Dauerkarten verkauft. Während der Ausstellung haben 443 Tagungen und Kongresse in Düsseldorf stattgefunden. Unter den Ausländern, die Düsseldorf besuchten, stehen an Zahl die Holländer an erster Stelle. Ihnen folgen die Amerikaner. Die Industrie- und Handelskammer berichtet, daß besonders vorteilhafte Abhältnisse nach dem Auslande die Folge dieser Besuche aus dem Auslande sind. Ueber die Wirtschaftlichkeit der Ausstellung können, so führte der Oberbürgermeister aus, beweiskräftige Zahlen erst in einiger Zeit beibracht werden. Er zeigte aber an einzelnen Beispielen, wie das Bergwerksgewerbe ungeheuer große Gewinne zu verzeichnen hatte. Die Ausstellungslösung, so erklärte Dr. Vehr weiter, hat das Ziel, die erforderlichen Vorschüsse aus den Einnahmen zu decken, erreicht, und Anfang Oktober hat sie den Rest der Vorschüsse zurückerstattet. Sie steht völlig schuldlos frei da, und hat weder Steuer noch Sparsassengelder in Anspruch genommen. Die Ausstellung, die zwölf Millionen Mark gekostet hat, hat sich selbst getragen. Was nach Abrechnung der Ausstellung übrig bleibt und seine Entstehung der Ausstellung verdankt, ihr aber nicht auf Rechnung zu legen ist, das sind die festen Bauten und die Straßen und Parkanlagen. Die Rheinfront hat ein Aussehen bekommen, das zur Nachahmung reizt, und vor allem haben 6500 Arbeiter fast 2 Jahre lang beschäftigt werden können, und auch Kunst und Kunsthandwerk, die in anderen Städten Not litten, haben ansehnliche Aufträge erhalten. Auch die im Rahmen der großen Ausstellung veranstaltete Kunstausstellung hat wertvolle Beiträge und gute Einnahmen bringen können. Der Redner schloß mit dem Ausdruck des Wunsches, daß der Erfolg Düsseldorf der Heimat und dem Vaterlande Glück bedeuten möge.

Düsseldorf, 19. Okt. Die genaue Zahl der Geleisebesucher steht jetzt fest. Sie beträgt 7584 151 Personen.

Münster, Minden u. Sauerland

Keine technische Hochschule in Westfalen.

Aber eine technische Fakultät an der westfälischen Landesuniversität.

Münster, 19. Okt. Anlaßlich der Rektoratsübergabe an die Universität Münster legte der scheidende Prof. Dr. Hoffmann über den Kampf um die Angliederung einer technischen Fakultät dar, daß der Gedanke, gerade in Münster den Versuch mit der Angliederung technischer Fächer an eine Universität zu machen, von führenden Männern der westfälischen Industrie ausgegangen sei. Der Referent für technisches Hochschulwesen im Kultusministerium habe im vorigen Jahre als Ergebnis seiner Studienreise nach Amerika in einer Denkschrift die Angliederung technischer Fächer an Universitäten als den billigen Weg empfohlen und dabei ausdrücklich auf Münster hingewiesen. Es handle sich nun nicht darum, in irgend einer Stadt Westfalens eine neue Technische Hochschule zu gründen. Dazu habe der Staat kein Geld. Es liege dazu auch kein Bedürfnis vor. Denn der zurzeit vorhandene starke Andrang zum Studium der technischen Wissenschaften sei ungeheuer und müsse nach Möglichkeit nicht gefördert, sondern eingedämmt werden. Der Ausgangspunkt dessen, was in Münster geplant wird, sei gerade die in den Kreisen der Ingenieure immer mehr sich durchsetzende Überzeugung, daß das Studium des Ingenieurs für die großen und vielfach ganz neuen Aufgaben, die heute die deutsche Wirtschaft in ihrem Lebenskampf an ihre geistigen Führer stelle, einer durchgreifenden Umgestaltung bedürfe. Entweder müsse die Ausbildung auf den technischen Hochschulen wesentlich erweitert und im Sinne der Universitätsbildung umgestaltet werden, oder es müsse versucht werden, an den Universitäten in engem Zusammenhang mit den Naturwissenschaften auch technische Fächer in den Unterricht aufzunehmen. Es sei in Münster nur an die Rohstoffchemie, die Kalktiefen und bestimmte Zweige des Maschinenbaues gedacht. Das seien Fächer, die entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der westfälischen Industrie besäßen.

Ahlen, 19. Okt. (Die Kuhherde auf dem Vahndamm.) Ein tragischer Vorfall, der sehr leicht schlimmere Folgen hätte zeitigen können, ereignete sich in der Nähe der bewaldeten Vahndamm. Aus einer Wiese neben dem holländischen Vahndamm war eine Herde

Die Kuhherde auf dem Vahndamm. Ein tragischer Vorfall, der sehr leicht schlimmere Folgen hätte zeitigen können, ereignete sich in der Nähe der bewaldeten Vahndamm. Aus einer Wiese neben dem holländischen Vahndamm war eine Herde

Restauration L. Rieder, Markt.
Am Kirmestage großes
Jazzband-Konzert
Stimmung. Humor.
ff. Rinderwurst, Mettwurst und
Wurstbrötchen. 3224

Schützenhof Kamen
Am Kirmestage ab 5 Uhr im
Restaurant bei freiem Eintritt:
Instrumental-Konzert
(Kein Jazzband)
Gute Speisen und Getränke,
ff. Rinderwurst. 3218

Restaurant Starke
Westentor.
Am Kirmestage grosses
Künstler-Konzert
mit Jazzband-Einlagen.
Vorzüglicher Humorist zur Stelle!!
ff. Biere. ff. Liköre.
Wurstbrötchen und div. Schnittchen.
Prima Rinderwurst. 3224

Am Kirmestage:
Frei-Konzert
Restaurant Schenkel,
3228 Kämmerstraße 7.

Tillmanns Konzert-Saal.
Grosser Kirmesball
Musik: Herzog. 3230

Restaurant Schulte, Oststr.
Am Kirmestage:
Großer Festball
Kapelle Herzog. 3231

Am Kirmestage
ab nachmittags großes
Preis Kegeln
in der
Restauration Hedtfeld-Jühe
Kämmerstraße 19.
Ia. Rinderwurst u. Wurstbrötchen
in bekannter Güte. 3242

Zur Kirmes!
Ia. Rinderwurst
Wurstbrötchen.
Rich. Ebbinghaus, Kämmerstr.
Nr. 25. 3223

Betrifft: Herbstmesse

Beachten Sie morgen unsere
4 seitige
Extra-Zeitung
u. unsere Schaufenster.

Wallach & Co. K. G.
Kamen
Das führende Kaufhaus für Alle.

Gasthof zum Amtsgericht
Telephon 380. Bes. C. Habermann. Telephon 380.

Zur Kirmes!
Morgens von 9 Uhr an:
Frische Wurstbrötchen sowie selbst-
gem. Bratwurst mit Kartoffel-Salat.
Abends ab 6 Uhr:
Warme Speisen nach Karte.
Schnittchen in reicher Auswahl.
Nur Würzburger Hofbräu
hell, dunkel u. Pilsener gelangt zum Ausschank. 3227

Bürgerhaus Kamen
Inhaber: W. Neff.
Am Kirmestage grosses
Doppel-Konzert.
Von 11 bis 1 Uhr: **Matinee.**
Ab 4 Uhr: Im Saale **Tanz**
mit **Varieteé-Einlagen.**
Küche in altbekannter Güte. 3221

Am Kirmestag!
Großer
**Schwein-
verkauf**
in jeder Stadt nur
einmal. Gr. An-
zahlung 3-500
Mk. Restzahlung
in n. Größe der
Stadt wird Ziel
gewährt. Großer
Verdienst! Prima
Referenzen! Vor-
führung an Ort
u. Stelle. Kenn-
nicht erf. Angeb.
an **Schmidt &
Frede.** Chem.
Fabrik, geg. 1886,
Damm (Westf.).
Gehalt 3233
und 3234. Sten-
fende zum Verkauf der
Bandbreite g. 1886.
Offerten unter L. G.
1541 an. Verp. d.
Gef. an d. Nummer
Branntwein.

Frisch eingetroffen:

Ia. Kochmettwurst	Pfd. 95 Pf.
Ia. Plockwurst	Pfd. 1,90 M.
Ia. Malzbonbons	1/4 Pfd. 17 Pf.
Ia. Bonbons	1/4 Pfd. 17 Pf.
Ia. Vollmilchschokolade	100 Gramm-Tafel 35 Pf.
Ia. Blockschokolade, 4 Tafeln	95 Pf.
Ia. Heidelbeerwein	Liter 85 Pf.
Ia. Tarragona (süßer)	Liter 1,25 M.
Ia. Samos Muskat	Liter 1,25 M.
Ia. Würstchen	Paar 25 Pf.
Ia. Kornkaffee	Pfd. 22 Pf.
Ia. Guatemala, frisch geröstet	Pfd. 3,60 M.
Ia. Holländer Käse	Pfd. 90 Pf.
Ia. neue Heringe, 15 Stück	1,00 M.
Ia. Honig, rein	Pfd.-Glas 1,35 M.
Ia. Mais	Zentner 11,50 M.

Sämtliche Schlachtartikel billigst.
Gebr. Siringhaus.

Empfehle:
Anzugstoffe
Kleiderstoffe
Schürzenstoffe
Biber
Hemdentuche
Decken
Ia. Betten
Strümpfe, Garn
P. Hartmann, Kamen,
Oststraße 27/28.

**Glänzende
Griffen**
in jeder Stadt nur
einmal. Gr. An-
zahlung 3-500
Mk. Restzahlung
in n. Größe der
Stadt wird Ziel
gewährt. Großer
Verdienst! Prima
Referenzen! Vor-
führung an Ort
u. Stelle. Kenn-
nicht erf. Angeb.
an **Schmidt &
Frede.** Chem.
Fabrik, geg. 1886,
Damm (Westf.).
Gehalt 3233
und 3234. Sten-
fende zum Verkauf der
Bandbreite g. 1886.
Offerten unter L. G.
1541 an. Verp. d.
Gef. an d. Nummer
Branntwein.

Jeder Arzt kennt
und verordnet mit Vor-
liebe „Scott's Emulsion“
als Nährmittel bei Skro-
fulose, englischer Krank-
heit und Lungenleiden
wegen ihres hohen Ge-
haltes an Vitaminen und
organisch gebundenem
Phosphor.
„Scott's Emulsion“ hat
einen angenehmen Ge-
schmack, ist gut be-
kömmlich und leicht
verdaulich.
Man verlange ausdrücklich nur „die echte
Scott's Emulsion“, die für 3 M. in allen Apo-
theken und Drogerien zu haben ist. Niederlag:
Drogerie Hch. Jacobi,
Löwen-Drogerie Klinkmann, Weststraße 1,
Drogerie Thiel, Oststraße 21.

SCOTT'S EMULSION

Café und Konditorei
Enselmann
Kamen 3229
Telephon 36 Oststraße.
Zur Kirmes empfehle ich
meine altbek. Rinder- und Mettwurst,
Torten, Kaffee- u. Teegebäck.
Erstklassige Weine und Liköre.
Künstler-Konzert.

Zur Kirmes!!
Ia. Rinderwurst
Ia. Knackwürstchen
Ia. Wurstbrötchen
Ia. Saure Rolle
ff. Aufschnitt.
Gustav Ebbinghaus,
Weststraße. 3219

Zur Kirmes!!
Ia. Rinderwurst
Ia. Knackwürstchen
Ia. Wurstbrötchen
Ia. Saure Rolle
ff. Aufschnitt.
Hermann Bohne,
Weststraße 52. 3220

Zur Kirmes!!
Ia. Rinderwurst
Ia. Knackwürstchen
ff. Knoblauchwurst
sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren.
Ernst Borstädt
Weststraße 46 b. 3222

Städtische Bühnen
Dortmund.
Donnerstag, den
21. Oktober
Stadttheater.
7 1/2-10 Uhr
C 6
König
für einen Tag.
Burgwalltheater
7 1/2-9 3/4 Uhr
Stöpsel.
Schweine
zu haben.
Heinr. Bonhoff
3237 Unnaerstraße.

Bekanntmachung.
Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung
vom 16. ds. Mts. wird hiermit die Abhal-
tung des Schweinemarktes am Don-
nerstag, den 21. Oktober ds. Jrs., ge-
nehmigt.
Kamen, den 19. Oktober 1920.
Die Polizeiverwaltung: **Verensmann.**

Sander & Co. Nchf., Kamen

bekannt **billigste** und **reellste** Bezugsquelle
für

Baumwollwaren • Kleiderstoffe • Gardinen
Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Krawatten • Arbeitergarderobe • Unterzeuge
Strümpfe • Sämtliche Besatzartikel
Schlafdecken

Lindener Sammete, nur fehlerfreie Waren.

Beachten Sie meine Auslagen.

Sander & Co. Nchf.

**KAMEN,
Bahnhofstrasse 7.**

Neu-Eröffnung

Eröffnung meines Geschäfts unter der Firma

Rosenfelds Arbeitergarderoben

Durch günstige Einkäufe und **ganz geringe**
Geschäftskosten bringe ich nur **wirklich prima**
Qualitäten zu enorm billigen Preisen.

Ueberzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit.

Oktober

21

Donnerstag,
nachm. 3 Uhr

Nur einige Beispiele:

Männerhemd
mit Einsatz nur **1.65**

Normalhosen
für Männer, gute
Ware . . . nur **1.65**

Engl. Leder-Hosen
mit Zwirkette,
für Männer nur **3.95**

Arbeitsstiefel
stark benagelt nur **6.90**

Grubenhemd
gute Ware nur **1.95**

Blaue Arbeits-hosen
Männergröße nur **2.65**

Herrenhosen
imit. Kammgarn,
besond. billig, nur **4.95**

Einen Posten
Herrensocken **0.48**
besond. billig, nur

Biber Männerhemd
gute Ware nur **2.20**

Blaue Arbeitsjacken
Mannesgröße nur **2.65**

Manchester-Hosen
für Männer, mit
Zwirkette . nur **6.90**

Sonntags-Stiefel
Rindbox, weiß ge-
dopp., breite u. spitze
Form., Größe 40-46 **7.90**

Ein Versuch führt zu ständiger Kundschaft.

Donnerstag, den 21., Freitag, den 22. und Samstag, den 23. Oktober, erhält jeder Kunde beim Einkauf
von 3 Mark 1 Stück und von 10 Mark 3 Stück gute, weisse Taschentücher gratis!!

Beachten Sie mein Fenster.

K A M E N.

Markt 16.

Bettbarchende

sind bedeutend billiger geworden. Da
jedoch die Nachfrage groß ist, und
die Fabriken voll beschäftigt sind, ist
wieder eine Steigerung zu erwarten
und empfiehlt es sich, jetzt seinen
Bedarf zu decken. Ich empfehle meine
seit Jahren eingeführten säureechteren
und türkischroten Qualitäten in allen
Breiten und leiste für Federdichtigkeit
volle Garantie.

F. W. Heineke, Kamen.

Briefpapier

Zu haben in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Arbeitskammer für den Ruhrbergbau.

Wichtige soziale Fragen.

Die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau
hat in ihrer Plenarsitzung zu dem Regierungs-
entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosen-
versicherung Stellung genommen. Die Ar-
beiter- und Angestelltenverbände haben ihre
Stellungnahme zu dem Entwurf in einem Gut-
achten zum Ausdruck gebracht, in dem sie den
Entwurf als eine brauchbare Grundlage an-
sehen; er enthalte gegenüber dem bisherigen Zu-
stand der Arbeitslosenversicherung erhebliche Vor-
schritte. Die Arbeitsnachweisbehörden sollten
mehr, als der Entwurf vorsieht, in die Arbeits-
losenversicherung eingeschaltet bzw. mit diesem
organisch verbunden werden. Auch sollten in
den Kreis der Versicherungspflichtigen, wie bei
der Gewerkschaftenversicherung, auch alle Angestellten
aufgenommen werden, die im Sinne des Ange-
stelltenversicherungsgesetzes versicherungspflichtig
sind. Der § 52 des Entwurfs wird in seiner
heutigen Fassung als ungenügend befürwortet, statt
dessen müsse klar festgelegt werden, daß jeder
Arbeitslose Unterstützung erhält, der unverfugbar
arbeitslos wird. Die Vermehrung der Ar-
beitslosenunterstützung nach Wohnklassen wird
begrüßt. Die Arbeitgeber der Arbeitskammer
haben zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme
ihrerseits abgegeben, wie auch zu dem Referen-
tentwurf über die Bildung eines Reichs-
wirtschaftsrates, so daß nur die Stellungnahme
der Arbeiter- und Angestelltenverbände der Ar-
beitskammer der Regierung übermittelt wird.
Auch hinsichtlich des Kränzchenabens
sowie des Fahrens in blinden Schach-

ten und der Vorschläge zur Behebung der
Gesundheitsgefahren durch den Steinstaub
wurden die von der Arbeiter- und Angestellten-
gruppe der Arbeitskammer ausgearbeiteten Gut-
achten von der Arbeitgebergruppe nicht aner-
kannt, so daß diese Gutachten als eigne Stel-
lungnahme der Arbeitnehmer und Angestellten-
gruppe der Arbeitskammer weitergegeben werden
müssen.

Ueber ein Schreiben des Oberbergamts
Dortmund betr. Bauerausbildung konnte
ebenfalls keine Uebereinstimmung aufkommen,
da die Arbeitgeberseite den Standpunkt ver-
trat, daß die in der Bauerausbildung be-
troffenen Vergleute einen gewissen Prozentsatz
von dem Vollhauerlohn gekürzt haben müßten.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Preußen.

Eine Uebersicht aus Landwirtschaft und
Industrie.

Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht
jeden einen Bericht über die ausländischen
Landwirtschaft und Industrie beschäftigten Ar-
beiter in Preußen, dem der Amtliche Preussische
Pressebericht folgende Angaben entnimmt:
Die Anwerbung der ausländischen Arbeits-
kräfte konnte auf die Dauer nicht privaten Agen-
ten überlassen bleiben. Durch Verordnung vom
19. Oktober 1922 (sog. Monopolverordnung) er-
hielt daher die Deutsche Arbeiterzentrale,
die bereits vor dem Kriege bestand, das
ausschließliche Recht zur Anwerbung und Ver-
mittlung ausländischer Landarbeiter. Ein-
sichtlich der Industriearbeiter hat sie das

Monopol nicht. — Im Jahre 1905 wurden in
Preußen 206 989 ausländische Landw. u. 228 700
Industrie- und sonstige Arbeiter beschäftigt.
Diese Zahlen erhöht sich im Jahre 1914 auf
383 258 bzw. 517 522 Arbeiter, um im Jahre
1922 auf 112 710 bzw. 110 624 zu sinken. Im
Jahre 1925 waren in Preußen 107 087 auslän-
dische landwirtschaftliche Arbeiter und 99 971
Industrie- und sonstige Arbeiter beschäftigt.
Diese letztere Ziffer enthält gegenüber dem Vor-
jahre eine Steigerung, von der noch nicht zu
übersehen ist, ob sie anhalten wird.

Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22.
Juli 1922 stellt den Grundsatz auf, daß ausländi-
sche Arbeitnehmer nur dann Verwendung fin-
den dürfen, wenn deutsche Arbeitskräfte nicht
vorhanden sind. Auch unabhängig von die-
ser Rechtslage hat sich die Zahl der ausländi-
schen Arbeiter in Deutschland dadurch erheblich
vermindert, daß nach dem Kriege die aus
Deutschland fortgewanderten Arbeiter zum er-
heblichen Teil entweder in ihre Heimat zurück-
gekehrt oder in das französische Industriegebiet
abgewandert sind.

Ehrung deutscher Flieger in Rom.

Im Aeroclub in Rom fand ein Festessen
zu Ehren der beiden deutschen Flieger Soen-
ning und von Conta statt. Bei dieser Ge-
legenheit wurde den deutschen Fliegern je eine
große silberne Medaille des Aeroclubs in Rom
überreicht wegen ihrer schneidigen Ueber-
querung der Alpen. Bisher hat der
Aeroclub 8 solcher großen silbernen Me-
dailles herstellen lassen, von denen die 6
erhoben an die Besatzung des Luftschiffes ver-
teilt wurden, mit dem Robites den Nordpol
überquert hat.

Acas aller Welt

— Unglücksfall eines Schupo-Beamten. In
Berlin wurde ein Schupo-Beamter, der
mit einem Rade eine Patrouillenfahrt unter-
nahm, durch einen Schuß aus seinem Dienst-
revolver, der sich von selbst entlud, schwer
verletzt.

— Explosionsunglück bei einem indischen
Fest. Während des Feuerwerks aus Anlaß des
Dussehra-Festes in Lahore ereignete sich ein
schweres Unglück. Durch die vorzeitige Explosion
eines Feuerwerkskörpers wurden zwei Feuer-
werker getötet und etwa dreißig Zu-
schauer schwer verletzt.

— Jugentgleisung in den Vereinigten Staa-
ten. Der aus zwei Lokomotiven und zehn
Wagen bestehende Schnellzug New York—St.
Louis ist in Ohio bei Elmer entgleist. Der
Postwagen stürzte eine 11 Meter hohe Böschung
hinunter. Trotzdem wurden die Postbeamten,
die sich im Innern des Wagens befanden, nur
leicht verletzt. Von den Fahrgästen wurde nie-
mand verletzt.

— Ueber Bord geweht. Ein Fahrgast er-
hielt auf dem Dampfer Majestic, der Millo-
när und Grundstückspekulant Davies aus
Florida, wurde auf der Reise von New York nach
Southampton im Atlantischen Ozean vom Sturm
über Bord geweht und konnte nicht mehr
gehoben werden. Davies hatte ein Ver-
mögen von 20 Millionen Dollar dadurch erwor-
ben, daß er in der Kampagne von Florida
künstliche Inseln anlegte und als Ban-
gelände verkaufte.

Innerpolitische Umstellung.

Stürmisch, wie ihr ganzer Verlauf war, ist die kurze Tagung des Preussischen Landtags zu Ende gegangen. Nicht weniger als 10 Kommunisten mußten in dieser letzten Sitzung noch ausgeschlossen werden, darunter der Abg. Kasper auf acht Tage, weil er sich die Präsidientenloge angemessen und mit ihrer Hilfe sozusagen einen eigenen Laden aufgemacht hatte. Genügt hat es den Kommunisten nichts, wenn sie den wilden Mann gespielt haben. Durch die Anzahl namentlicher Abstimmungen konnten sie die Annahme der Hohenzollernvorlage wohl um einige Stunden hinauszögern, aber nicht verhindern.

Auch die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett und die einzelnen Minister blieben eine leere Demonstration. Durch das rabiate Verhalten der Kommunisten fühlten sich die Oppositionsparteien der Rechten veranlaßt, bei diesen Abstimmungen Stimmeneinkhaltungen zu üben, so daß die Anträge nur etwa 40 Stimmen erhielten. Nur bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den neuen Innenminister Erzgrünth ergab sich ein anderes Bild. Diese Abstimmung hatte streng genommen mit der Hohenzollernvorlage nichts zu tun. Nach der Verlesung bedarf jeder neuernannte Minister des Vertrauens des Landtags. Witherin mußte sich auch der neue Innenminister ganz ohne Rücksicht auf politische Einzelfragen zunächst vom Hause bescheiden lassen, ob es zu ihm Vertrauen hat oder nicht. Diese Sachlage veranlaßte die Deutschnationalen und Volkslisten, für den Mißtrauensantrag zu stimmen. Da sich die Deutsche Volkspartei auch in diesem Falle der Stimme enthielt, hätte aber auch dieser Antrag selbst dann abgelehnt werden müssen, wenn die Oppositionsparteien vollständig anwesend gewesen wären.

So kurz die Landtagssitzung war, so bedeutsam muß sie für die weitere Entwicklung unserer inneren Politik erscheinen. Die gesamte innerpolitische Lage im Reich und in Preußen wurde in den letzten Monaten vor der Sommerpause beeinflusst durch die kommunistische Propaganda, die einerseits in der großen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit, andererseits in der Fiskusfrage geeignete Werbemittel gefunden zu haben glaubte, um namentlich aus linkssozialistischen Kreisen neue Anhänger für die kommunistischen Ideen zu gewinnen. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern zum Teil auch andere Parteien sahen sich dadurch genötigt, ihrerseits gewisse Zugeständnisse an den radikal gerichteten Teil ihrer Wähler zu machen. Das kommunistische Volksbegehren für Fiskusenteignung entsprach ursprünglich keineswegs der bis dahin von den führenden Männern der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung. Gleichwohl glaubte man, umnötigen zu sollen, um den Kommunisten das Feld nicht allein zu überlassen.

Durch die letzten Vorgänge im Preussischen Landtag ist jetzt zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten eine weite Kluft entstanden. Dabei spielt es gar keine Rolle, daß sich die Sozialdemokraten bei der Abstimmung über die Hohenzollernvorlage der Stimme enthalten haben. In jedem Fall ist die Vorlage von der unter sozialdemokratischer Führung stehenden preussischen Regierung vertreten worden. Gegen diese Regierung und auch gegen die einzelnen sozialdemokratischen Minister richteten sich auch die kommunistischen Mißtrauensanträge. Sozialdemokratische Abgeordnete sahen sich auch den argsten Beschimpfungen durch die Kommunisten ausgesetzt. Das alles läßt sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen.

Daß in der Tat heute in der Sozialdemokratie eine Neigung besteht, sich politisch umzustellen, beweist auch die Tatsache, daß der preussische Ministerpräsident Brauns unmittelbar nach der Abgabe der Deutschen Volkspartei bezüglich der letzten Koalitionsverhandlungen den Versuch gemacht hat, die zerfallenen Fäden wieder anzuknüpfen. Er erklärte dem Abgeordneten Wiemer ausdrücklich, daß er bereit sei, die Verhandlungen nach der Landtagspause, also am 3. November, wieder aufzunehmen. Am 3. November tritt aber auch der Reichstag wieder zusammen, und es ist sicher kein Zufall, wenn Ministerpräsident Brauns gerade diesen Zeitpunkt gewählt hat. Mindestens in einem Teil der sozialdemokratischen Partei besteht offenbar der Wunsch, gleichzeitig mit der preussischen Regierungsfrage auch die im Reich zu lösen.

Eine Minderheit in der sozialdemokratischen Partei war allerdings auch früher schon bereit, im Reich in die große Koalition einzutreten. Sie konnte sich aber bisher gegenüber dem linken Flügel der Partei nicht durchsetzen. Durch die letzten Auseinandersetzungen mit den Kommunisten dürfte der zu positiver Mitarbeit geneigte Flügel jetzt eine Stärkung erfahren haben. Damit wären freilich noch keineswegs alle Schwierigkeiten überwunden. Selbst wenn sich in der sozialdemokratischen Partei eine Mehrheit theoretisch für die Herbeiführung der großen Koalition im Reich und in Preußen erklären sollte, so gibt es doch noch recht viele Klippen, an denen das Koalitionsschiff schon beim Stapellauf scheitern kann. Das haben gerade die jüngsten Koalitionsverhandlungen in Preußen deutlich gezeigt.

Weshalb der Stahlpakt nötig war.

Ueber den internationalen Stahlpakt machte der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, in einem Kreise von Industriellen in Berlin bemerkenswerte Ausführungen. Er berührte zunächst die Interessenverflechtung des Rhein- und Ruhrgebiets mit dem alten südwestdeutschen Industriegebiet in Saarland, Lothringen und Luxemburg. Er zeigte die deutschen Besitzverhältnisse in den nunmehr auf französisch und

belgisch-luxemburgische Gebiete liegende Gruben, Eisengruben und Hüttenwerken und ferner die Arbeitsverteilung, die allmählich dadurch zustande gekommen sei, daß rheinisch-westfälische Eisenindustrielle in Lothringen und Luxemburg an Ort und Stelle zur Gewinnung und Bearbeitung von Roheisen und Stahl große Hüttenwerke aufgebaut hätten.

Diese Interessenverflechtung habe ihren besonderen Ausdruck darin gefunden, daß der Deutsche Stahlwerksverband und der Deutsche Roheisenverband diese südwestlichen Hütten in der Vorkriegszeit mit umschlossen habe und daß an den dortigen Hütten und Gruben die französisch-belgische und luxemburgische Beteiligung bis in die Kriegszeit aufrecht erhalten worden sei. Durch diese alte Interessenverflechtung habe der Versailler Vertrag einen Strich gemacht. Der Weltkrieg und das Versailler Diktat hätten über Europa die große Wirtschafts- und Währungsnot herbeigeführt, die heute leider noch nicht abgeklungen ist.

In auffallendem Kontrast zur Verarmung der Bevölkerung siehe die aufgeblähte indus-

trielle Leistungsfähigkeit. Wenn diese Verhältnisse den Gedanken einer europäischen Zollunion geboren hätten, so sei demgegenüber zu betonen, daß weder Wirtschaft noch Volk noch Zeit hätten, auf die Verwirklichung dieser Ideen zu warten. Schnelles Handeln sei erforderlich, deswegen müsse eine neue Interessenverflechtung gefunden werden, die auch ohne europäische Zollunion geschaffen werden könne. Einen so großzügigen Versuch stelle der Internationale Stahlpakt dar. Er erhalte sein besonderes Gepräge dadurch, daß die deutsche eisenverarbeitende Industrie mit der deutschen eisenhaltenden Industrie darin einig ist, daß eine solche internationale Verständigung nicht mehr länger hätte entbehrt werden könne. Zwischen der eisenhaltenden und der verarbeitenden Industrie und der deutschen Regierung herrsche Einigkeit darüber, daß der internationale Stahlpakt vor allen Dingen dahin zielen müsse, den schwer zerrütteten Eisenmarkt zu ordnen und die Ausfuhrpreise auf eine gesunde Höhe zu bringen.

Probleme der Wirtschaft.

Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.

Auf der Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg sprach Dr. Zahn über „Absatzkrise und Produktionssteigerung als Weltproblem“. Der Redner führte folgendes aus:

Als die wichtigste Ursache der Krisenherde: Zustände der Weltwirtschaft ist der Einfluß der Politik auf das Wirtschaftsleben, wie er sich seit Kriegsbeginn gezeigt hat, anzusehen. Eine gewaltige Verschärfung der von der Politik ausgehenden Störungen der Weltwirtschaft bringt die Reparationspolitik, deren Durchführung mit Notwendigkeit das Tempo der Kapitalbildung in Deutschland gegenüber den reich gewordenen Ländern hemmt. Dazu kommt dann noch, daß zwischen der handelspolitischen Abwehrpolitik und dem Zwang zur Reparationszahlung durch Deutschland und zur Zinszahlung Europas an Amerika ein bis jetzt ungeklärter Widerspruch besteht.

Wir bejahen die Nationalisierung, denn wir sind keine Maschinenkürmer.

Wir sind uns auch bewußt, daß Nationalisierung immer wieder eine zeitweise Freisetzung von Arbeitskräften bringen wird und stellen daher den Grundsatz auf: Je mehr Nationalisierung, um so mehr Sozialpolitik. Wenn Nationalisierung nicht zu niedrigeren Preisen oder höheren Einkommen führt, dann muß sie volkswirtschaftlich und in vielen Fällen auch privatwirtschaftlich ein Fehl schlag werden.

Im Sinne der großen Politik handelt es sich in erster Linie für Deutschland um die Revision des Dawesplanes und für die übrige Welt um die Vereinigung der

internationalen Verschuldung.

Daraus ergibt sich dann auch eine internationale Handelspolitik, die den übertriebenen Protektionismus langsam abbaut. Die Revision der falschen Zollpolitik, die besonders durch die Entziehung der neuen Staaten in Europa veranlaßt worden ist, segelt heute unter dem Schlagwort des europäischen Zollvereins. Man braucht nicht zu leugnen, daß die europäische wirtschaftliche Verständigung an sich erstrebenswert ist. Man soll aber nicht denken, daß man überstürzt einen europäischen Zollverein herbeiführen könnte.

Was wir zweitens brauchen, und ganz besonders in Deutschland brauchen, das ist der Unternehmer, der diesen Namen verdient.

Die immer größer werdende monopolistische Wirtschaft bringt auch die Gefahr, daß der Unternehmer verschwindet und der Bureaukrat an seine Stelle tritt.

Und drittens brauchen wir eine wache, aktive, selbsttätigengestaltende Arbeiterbewegung. Man muß sich wundern, daß bei der Verstärkung der Monopol Tendenzen in unserem Wirtschaftsleben immer noch so breite Schichten der Arbeitnehmer gleichgültig und lässig die Entwicklung herankommen lassen, daß man trotz dieser Verstärkung der Unternehmerricht immer noch viel Gewerkschaftsmäßigkeit antritt. Die Nationalisierung wird die Produktion von neuem vernehmen. Wenn sie Absatz finden soll, dann brauchen wir bei uns und in anderen Ländern Arbeitnehmer, die stets den Willen zur Lohnsteigerung nicht nur haben, sondern auch organisieren. Gewiss kann man nicht mit dauerndem Erfolg durch Machtentfaltung der Gewerkschaften jeden beliebigen Lohn aufrecht erhalten. Der Lohn wird immer von der produktiven Entwicklung des Wirtschaftslebens abhängig sein. Ob aber steigende Produktion sich in steigendes Arbeitslohn umsetzt, das hängt im wesentlichen von der Machtentfaltung der Arbeitnehmer und ihrer Verbände ab.

Darauf sprach der Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes Dr. Waltrusch, über „Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise“.

Wir brauchen ein zehnjähriges Wohnungsbauprogramm.

Ohne ganz erhebliche Zinsenkürung für Hypotheken gebe es keine durchgreifende Wohnungspolitik. Drei Möglichkeiten, das Bauprogramm durchzuführen, ergaben sich: die Ausgabe einer Wohnungsanleihe, die schrittweise Erhöhung des Anteils an der Hauszinssteuer für Wohnungswende oder eine Mieterhöhung im nächsten Jahre zugunsten des Wohnungsbaues.

Eine erneute Boden Spekulation müßte durch strenge Einordnung des neu bearbeiteten Wohnheimstättegesetzes und des

Preussischen Städtebaugesetzes verhindert werden. Es stehen der Entwicklung der Trübsis und Kurie, besonders solcher internationaler Art, nicht so freudigen Herzens gegenüber, wie manche Regierungsstellen. Durch Errichtung des bisherigen Betriebsgebiets ist die Einführung von Zentralbetriebsräten bei der großen zu operieren Konzern ebenfalls möglich zu machen. Vorbringlich ist ein Verbot der Preisbindung der nächsten Wirtschaftsstufe durch die Kartelle und Syndikate. Die Monopolunternehmungen müssen, wie jeder andere Geschäftsmann, ihre Waren zu jedem Kaufpreis, der das Geld dafür aufbringt und nicht nur an bevorzugte Kunden oder Handelsgeellschaften, die man selbst aufzieht und womöglich ausschließlich bedient. Die Arbeitnehmer verlangen erneut und dringlich ihre Eingekaufung in die öffentlich-rechtlichen Verfassungen der deutschen Wirtschaft.

Der Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Otto-Berlin, sprach über das Thema „Gewerkschaftliche Selbsthilfe, Lohnpolitik, Einkommensveränderung“. Nach der Auffassung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß nach wie vor

die Selbsthilfe sowohl des Einzelnen wie des Berufsstandes die erste Stelle einnehmen. Vor allem muß erwartet werden, daß die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeitnehmer gestützt und ergänzt wird durch eine soziale Staatspolitik. Eine wohlverstandene Nationalisierung muß, wenn ihr Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt und ihre Wirkung nicht zum Glück werden soll, erhöhte Einkommen und verbilligte Preise für die Masse des Volkes bringen. Die Löhne stehen in gar keinem Vergleich mehr zu den gestiegenen Produktionspreisen und Leistungen. Nach wie vor zeigt sich ein starker Widerstand im Arbeitgeberlager nicht nur gegen Lohnsteigerungen an sich, sondern auch gegen Lohnbindungen durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Solange das der Fall ist, haben die schönen Reden auf offiziellen Tagungen der Industrie über die Verständigung mit der Arbeiterkraft nicht den Wert, den wir ihnen wünschen möchten.

Die Zahl der Arbeiter, der unteren Angestellten und Beamten verringert sich, während die Zahl der Direktoren und höheren Betriebsbeamten gegenüber früher zugenommen hat.

Eine kurze Arbeitszeit an sich und ein möglichst hoher Lohn sind allein noch kein Beweis für einen hohen Kaufkraftstand der Arbeitnehmerkraft. Ohne Zweifel liegt in der Anwendung des von der Arbeitnehmerkraft Erzeugenen noch viel im argen: Wer wollte leugnen, daß heute

der Verbrauch stark irreflektiert ist. Für die Arbeitnehmerkraft muß vermehrt der alte und wahre Satz gelten: Das Notwendigste und das Nützlichste zuerst! Der „billige Einkauf“ muß dem Kauf von Qualitätswaren weichen. Das Beste ist noch immer das Billigste, abgesehen davon, daß sein Konsum auch zur Belebung der Qualitätsproduktion beiträgt. Die Zunahme der Sparfähigkeit beweist, daß starke Anläufe in der Gesundung der Einkommensveränderung vorhanden sind.

Kleine Nachrichten.

In Belgien wurde die Ausfuhr von Steinkohlen von der Genehmigung des Arbeitsministers abhängig gemacht.

So neuer beschäftigt sich augenblicklich mit der Gründung eines deutsch-französischen Kartells der Elektrizitätsindustrie, dem sich später auch England und Belgien anschließen sollen.

Die Tochter des früheren Königs von Hannover, Friederica, ist in Maritz im Alter von 78 Jahren gestorben. Auf Ersuchen des Präsidenten Coolidge wird dessen Sohn John, der eine Universität besucht, von Detektivien befragt. Diese Maßnahmen zielen auf Drohbriefe zurückzuführen.

Das amerikanische Gericht in Vail hat den italienischen Dampfer „Dori“ beschlagnahmt, weil er 129 fiktive Auswanderer heimlich hatte landen lassen.

In Chicago hat die Polizei jetzt 1000 bewaffnete Beamte und eine große Zahl Detektivs aufgestellt, um der bewaffneten Alkoholschmuggler endlich Herr zu werden.

In der Abgeordnetenkammer des Staates Nuevo-Leon (Mexiko) kam es zu einer Schießerei, bei der drei Personen, darunter ein Beamter, getötet wurden.

In Kalkutta kam es bei einer großen religiösen Hindufest zu Zusammenstößen mit Mohammedanern, wobei über 20 Personen verletzt wurden.

Ein britisches Kanonenboot wurde, als es ein britisches Handelsschiff nach Kantau geleitete, von Kanonentruppen beschossen. Das Kanonenboot brachte die Angreifer zum Schweigen.

Der Versuch der Tschefiangruppen, Shanghai einzunehmen, ist mißglückt.

Aus dem Reiche

Nationalisierung der deutschen Kohlenausfuhr.
Der Streik der englischen Bergarbeiter hat die deutsche Kohlenausfuhr weit über ihre Leistungsfähigkeit zu Lieferungen veranlaßt. Um zu verhindern, daß die Kohlenausfuhr lediglich durch die Bedürfnisse des Auslandes bestimmt wird, hat der Reichsstatistikminister den obersteinsten Firmen die Ausfuhr nach Osten untersagt, mit Ausnahme der Lieferungen, die vertragsmäßig nach Österreich und der Tschechoslowakei gehen. Auch mit dem Kohlenfundat in Westfalen sind ähnliche Abmachungen getroffen worden, so daß von einer Gefährdung des deutschen Kohlenbedarfs in den kommenden Winter nicht mehr gesprochen werden kann.

50 Jahre Nordsee-Kanal.

Der Nordsee-Kanal, der breite Zugang von Amsterdam zum Meer, feiert seinen 50. Geburtstag. Dieses Jubiläum wird in Amsterdam am Eingang des Kanals eine ganze Woche lang in fröhlicher Weise gefeiert werden. Eine große Flottenrevue bildet den Mittelpunkt des Programms. Das ganze Fest feiernde Holland hat seine Mitwirkung zugesagt.

Erklärung der preussischen Oppositionsführer.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kamenew, Tjatarow, Sokolnikow und Jewdokimow haben eine Erklärung über die vorbestehende Unterwerfung unter sämtliche Entschlüsse des 14. Parteikongresses und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees der Zentralkommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger aufzufordern, sämtliche durch die Opposition gebildete fraktionelle Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und Leningrad die Entschlüsse des Zentralkomitees über die Unzulässigkeit der Diskussionsverfahren verlassen haben. Sie verpflichten sich, sich von der Schlapnetgruppe trennen loszusagen und die Unterführung fraktioneller Gruppen der einzelnen Kominternsektionen, sei es auch Fischer, Maslow (Deutschland), Souwerine (Frankreich), Worbaga (Italien), aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortlichkeit für die Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Uebereinstimmung des fraktionellen Kampfes seitens der Opposition die Möglichkeit schaffen werde, alle reuigen Oppositionsanhänger in die Partei wieder aufzunehmen. Sie erklären zum Schluß, daß sie sich verpflichten, die Liquidierung des fraktionellen Kampfes, sowie den Kampf gegen die erneuten Verstöße gegen die Parteizucht in jeder Weise zu unterstützen. Ein gleichzeitig veröffentlichtes Communiqué des Zentralkomitees stellt fest, daß das für die Einheit der Parteieinheit erforderliche Mindestmaß durch die Erklärung der Opposition erreicht worden ist.

Auslandsnachrichten

Nikolai des Kabinetts Ramek.

Gehaltsforderungen der österreichischen Beamten haben das Kabinet Ramek zum Rücktritt veranlaßt. In dem schon längere Zeit dauernden Streit um die Beamtengehälter hatte der Minister als letztes Angebot eine Gehaltssteigerung von 12,5 Prozent in Vorschlag gebracht. Dieses Angebot wurde abgelehnt. Der Kanzler erklärte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse des Staates und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft nicht in der Lage sei, über dieses Angebot hinauszugehen. Es kam zu einer neuerlichen Verschärfung der Beamtenorganisationen, die abermals beim Kanzler erschienen und ihm mitteilten, daß sie unter diesen Umständen auf ihren Streikbeschluss bestehen müßten. Der Kanzler teilte den Beamten mit, daß die Regierung unter diesen Umständen ihre Demission erklären werde. Die Postbeamten haben beschlossen, nicht in den Streik zu treten, sondern mit der neuen Regierung die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Verurteilung eines deutschen Abgeordneten in der Tschechoslowakei.

Der deutsche nationalsozialistische Abgeordnete Krebs, verantwortlicher Redakteur des nationalsozialistischen „Tag“ in Prag, wurde wegen Verbreitung einer Nachricht, die nach Ansicht der Behörden geeignet ist, den Bestand der tschechoslowakischen Republik zu bedrohen, auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik zu 20 Tagen Kerker verurteilt.

Gefährliche französische Bemerkungen.

Eine französische Studienkommission unter der Führung des Direktors für Propaganda, General Doucaille, befindet sich eingehend den Hamburger Flughäfen, nachdem sie vorher den Rührer und den Berliner Flughafen gesehen hatte. Die Einrichtungen der Flughäfen, der Maschinenpark und die Leistungen der deutschen Flugschiffe, die sich trotz böigen Wetters auf ihrer fahrplanmäßigen Einfahrt befinden, erregten die größte Bewunderung der französischen Studienkommission.



Wenn sich zwei die Hände reichen

Roman von M. Gittner.

(Nachdruck verboten)

15. Fortsetzung.

Er erhob sich und hielt den Brief in die Höhe. Noch war es ihm nicht möglich, das eben Gelesene zu fassen. Ein Kind, er warnte ihn davor, sein Kind! Und in dieser langen, spärlichen Zeit war er seiner Frau fern gewesen, hatte sogar eine gänzliche Trennung ins Auge gefaßt. Und zur Zeit, da sein Leben gewissermaßen dem Tode übergeben war, hatte Elisabeth sich ihm angeschlossen, dem Tode nahe. Nun erschien ihm die Schuld, die er auf sich geladen, noch viel größer. O warum künden sie nicht, was sich ereignet hat, in den andern Himmeln? Hatte das eine sich in den andern hineingefügt? Ja warum?

Wie im Traum befand sich Stein, als er sich nach dem Telegraphenamt begab, um Elisabeth seine Ankunft in Wien für morgen anzukündigen. — Am nächsten Vormittag fand er in der Kaffeehaus vor Frau von Jagowitsch Wohnung. Er klingelte, und die alte Kammerfrau, die ihm öffnete, sagte ihm das ganze Gespräch und erzählte: „Hörst du, Herr Professor! Was endlich! Hatte der Herr Professor gesagt, was kommen sollte, war er früher nicht nach Wien gekommen.“

„Sicher nicht, Frau Barbara.“

Elisabeth hatte ihres Mannes Stimme gehört und wollte ihm entgegenstellen. Aber da übermannte sie die Schwäche und halb willens, als ob sie in einen Gefäß, gerade im Augenblick, als Stein in der heftig geöffneten Tür erschien.

„Bernhard!“ sagte sie nur leise und stredte ihm beide Hände entgegen.

In übermächtiger Bewegung kniete er vor ihr nieder, barg den Kopf in ihren Schoß und bat nur: „Bernhard, Elisabeth, vergiß.“

„Bernhard!“ gab sie zurück, schlang die Arme um seinen Hals und sagte fort: „Sagst du mir, was du mir sagst, was du mir sagst.“

Sie führte ihn in die Nebenstube, wo in Blauvergoldenen Wänden in silbernen Rahmen ein großer, alter, schmerzlicher, der kleinen Hände gegen die Wangen gedrückt.

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

„Hörst du, Bernhard?“ sagte sie, „Hörst du, Bernhard?“

Die neue Form der eleganten Kleider

Die drei Aufgaben, die das moderne Abendkleid zu erfüllen hat — Schlankes Linio durch Gürtel und Drapierung — Eigenart und Vielseitigkeit der Wirkung durch unregelmäßige Rocksäume, Fransen, Perlstickereien, lose Teile



Abendkleid mit vorn aufsteigender Gürtellinie K 3227.

Neben der vorn hochsteigenden Gürtellinie sind die Volantteile und der unregelmäßige Rocksaum für die neue, charakteristische Material ist grüner Georgette, am vorderen Rande mit einer Spitze bestickt.

Sollen sie ihrer Trägerin die Möglichkeit geben, verschiedene Effekte aus demselben Kleid zu holen, durch einen Schritt, eine Bewegung eine überraschende Wirkung zu erzielen.

Die Lösung dieser Aufgabe ist die, daß man vor allem den Rock zwar schlang zusammenfallend, aber weit arbeitet, denn je größer die Stofffläche, je größer die Variationsmöglichkeiten. Zum Beispiel: ein weit eingereicherter Rock wird schmal zusammengehalten durch beschwerende Perlen- und Pailettenstickereien, die auf jede Bewegung mit anderen Lichtreflexen reagieren und die Möglichkeit der verschiedenartigen Muster und Farbzusammensetzungen, Lichtwirkungen, matt und glänzend, und Bewegungseffekte bieten. Oder ein knapper Rock aus schwerer glänzender Seide wird auf der einen Seite durch einen zwischengelegten oder darüber fallenden Stoff aus Georgette oder Seidenmuffe- lin erweitert und belebt, der lang herunterhängt und im



Der oben breite, unten schmale Abendmantel K 1006.

Der Mantel hat weite Ärmel, die durch aufsteigende Falten erweitert sind. Die Ärmel sind aus Georgette, der Mantel aus Seide. Er wird eng um die Hüften genommen, so daß er nach unten schmal zusammenfällt.

Abendkleid mit Gürtel, Drapierung und Schärpen K 3228.

Schwarze, schwere, glänzende Seide ist mit tiefen, schmalen Schärpen und auf der Hüfte durch eine tiefe, schmale Schärpe gehalten. Die Schärpe ist aus Georgette, der Rock aus Seide. Er wird eng um die Hüften genommen, so daß er nach unten schmal zusammenfällt.

Langkleid mit einem durch Drapierung und Schärpen K 3213.

Das Kleid ist aus Seide, hat einen tiefen, schmalen Schärpe und auf der Hüfte durch eine tiefe, schmale Schärpe gehalten. Die Schärpe ist aus Georgette, der Rock aus Seide. Er wird eng um die Hüften genommen, so daß er nach unten schmal zusammenfällt.



Einseitig gerafftes Nachmittagskleid K 3307.

Neben einem engen schwarzen Seidenrock ist eine lange, weiße, seidene, gestickte Schärpe, die am vorderen Rande mit einer Spitze bestickt ist, gehalten.

Gehen wie eine Schleppe, nur leichter und grazioser, nachwippt. Dieser lose Teil, der auf der linken Hüfte anfängt, wird an einigen Modellen durch einen zweiten, von der rechten Schulter wehenden Flügel ergänzt. Die dadurch erreichte Unregelmäßigkeit des Rocksaumes ist ein weiteres Moment für die Vielseitigkeit der Kleidwirkung und wird auf andere Weise durch Bogen, Faden, blattartig übereinandergreifende Teile und den Rock rhythmisch unspielende Fransen erreicht. Die Fransen trägt man wie einen Ueberrock über einem engen Rockchen, oder wie kleine Volants, wenn sie kurz sind. In letzterem Falle hat man sie an besonders hübschen Kleidern in abgesetzten Farben. Seiden- und Perlfrausen sind gleich beliebt.

Dem Gebote der Schlankheit folgend, betont man an allen Abendkleidern die Hüfte. Das ist nicht paradox, wie es vielleicht im ersten Augenblick klingen mag, denn man kann ja im Gegenteil eigentlich nur das Nichtvorhandensein der Hüfte am modernen Frauenkörper betonen. Welche glänzende Seide zieht man an, um die Hüftengegend, drapiert sie nach einer Seite und hält sie mit einer blühenden Strähnpange. Leichteren Seiden gibt man durch einen breiten Gürtel einen Halt, so daß sie ein wenig blusen und bei Drehungen der Hüfte nicht das ganze Kleid, sondern nur der untere oder obere Teil mitgeht. Am besten betont ein vorn hochsteigender Gürtel, kombiniert mit einer langen Rückenlinie mit Volantstoff, die Grazie und die anmutige Haltung, die die Frau in diesen glänzenden, blühenden, wehenden, riefelnden, oft traumhaft schönen Kleidern ganz von selbst einnimmt.

Dr. Heddy Hadank-Rofmann.

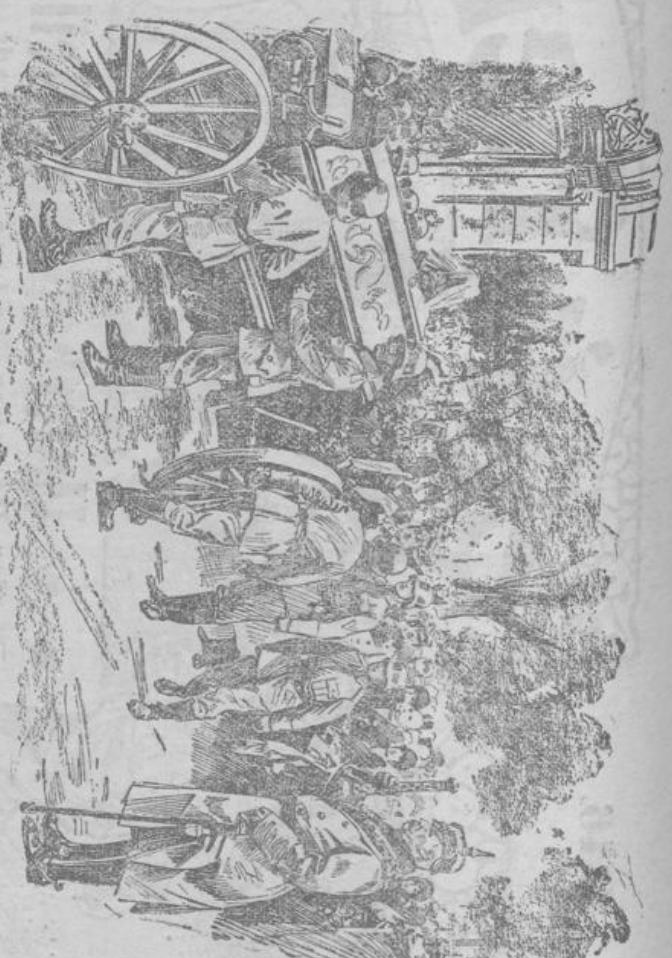
...müßte wohl über einen mäßigen Stand
zur Arbeit.

Die Bande trug sie einen gefalteten Rock,
hinter und vorne, aber die Haare, die unter
der Sonne hervorstachen, waren schwarz ge-
woben, und die Hände, die den Rock schützten,
hoben und senkten sich, als sie sich bewegten.

Die Bande trug sie einen gefalteten Rock,
hinter und vorne, aber die Haare, die unter
der Sonne hervorstachen, waren schwarz ge-
woben, und die Hände, die den Rock schützten,
hoben und senkten sich, als sie sich bewegten.

Die Leistung des Generalobersten von Seeringen auf dem Generalstab in Berlin.

Der Gang wird auf die Seite gebracht. Der Generalstab von Seeringen hat...



Die Leistung des Generalobersten von Seeringen auf dem Generalstab in Berlin. Der Gang wird auf die Seite gebracht. Der Generalstab von Seeringen hat...

Uebungsbau durch Ameisen.

Die Ameisen bauen ihre Nester aus Erde und Holz, und sie bauen sie in einer Weise, die für uns sehr interessant ist.

Die Ameisen bauen ihre Nester aus Erde und Holz, und sie bauen sie in einer Weise, die für uns sehr interessant ist.

Die Ameisen bauen ihre Nester aus Erde und Holz, und sie bauen sie in einer Weise, die für uns sehr interessant ist.

Von unserem Obste.

Die Obsternte ist eine der wichtigsten Zeiten im Jahr, und sie ist eine Zeit, die wir uns sehr freuen dürfen.

Die Obsternte ist eine der wichtigsten Zeiten im Jahr, und sie ist eine Zeit, die wir uns sehr freuen dürfen.

Die Obsternte ist eine der wichtigsten Zeiten im Jahr, und sie ist eine Zeit, die wir uns sehr freuen dürfen.

Die Obsternte ist eine der wichtigsten Zeiten im Jahr, und sie ist eine Zeit, die wir uns sehr freuen dürfen.

Das Edelweiss.

Das Edelweiss ist eine der schönsten Blumen, die wir in der Alpenregion finden können.

Das Edelweiss ist eine der schönsten Blumen, die wir in der Alpenregion finden können.

Das Edelweiss ist eine der schönsten Blumen, die wir in der Alpenregion finden können.

Das Edelweiss ist eine der schönsten Blumen, die wir in der Alpenregion finden können.